

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Ende einer alten oder Beginn einer neuen Ära der Wirtschaftspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1966) : Ende einer alten oder Beginn einer neuen Ära der Wirtschaftspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 12, pp. 645-648

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133656>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ende einer alten oder Beginn einer neuen Ära der Wirtschaftspolitik?

Die neue Bundesregierung der Großen Koalition ist gebildet. Die Regierungskrise ist beseitigt. Die deutschen Bundesbürger haben das Schauspiel der Konsolidierung mit gemischten Gefühlen verfolgt; und auch die erfolgreichen politischen Akteure schienen in der Schlußszene kaum geneigt, überschwänglich zu werden. Zu viel Ungetanes bleibt für sie zu tun; zu vieles steht für uns alle auf dem Spiel, wenn es auch mit Hilfe dieser neuen „Regierungsform“ nicht gelingen sollte, „die Gegenwart und nächste Zukunft zu bewältigen“. Manchem Beobachter will es sogar scheinen, als hinge es von der Bewährung dieser Regierung ab, eine an ihre Existenz gehende Krise unserer Demokratie zu vermeiden. „Große Koalition bedeutet kleine Opposition und wenig Kontrolle. Große Koalition bedeutet zugleich: die letzte Chance dieses Bonner Systems, in dessen Rahmen es fortan keine Alternative mehr gibt. Die nächste Regierungskrise wäre tatsächlich eine Staatskrise“ (Theo Sommer).

Von demjenigen, der uns diese politische Erbschaft hinterlassen hat, war in den Wochen der Regierungsneubildung zunächst kaum noch die Rede. Die Nachrufe, die er später nach seinem Rücktritt erhielt, waren meist milde, fast mitleidig gestimmt, voll Dankbarkeit für den Wohlstand, den er uns beschert habe, und der nun — nicht ganz ohne seine Schuld — ins Stocken geraten sei. War hier die Pietät am Werk, die Nekrologen eigentümlich ist: „de mortuis nihil nisi bene“, so mag es hingehen. Doch blieb in den meisten Fällen der Verdacht, als hätten auch unsere Wirtschaftspublizisten noch nicht begriffen, daß unsere innenpolitische Krise nicht von ungefähr gekommen ist und daß sie wirtschaftspolitisch bereits in der „großen Tat“ und ihren Motiven angelegt war, für die man Ludwig Erhard auch heute noch rühmen zu müssen glaubt. Nichts wäre für einen Neubeginn aber gefährlicher, als auch heute noch nicht zu begreifen, was mit uns allen unter der „Führerschaft“ Erhards eigentlich geschehen ist.

Sicherlich war es wichtig und richtig, sich nach dem Krieg aus einer funktionslos und planlos gewordenen Zwangswirtschaft heraus wieder auf die Vorzüge von Markt- und privater Unternehmerwirtschaft als Institutionen einer industriellen Gesellschaft zu besinnen. Eine solche Besinnung lag in jenen Nachkriegsjahren schon aus emotionalen Gründen in der Luft. „Sie war bestimmt durch den Mißbrauch des Gemeinschaftsgefühls, durch die Zerfetzung nicht nur des Staates, sondern auch der Staatsidee und durch die Sterilität der Zwangswirtschaft. Was gab es denn in jenen Tagen an mobilisierbaren Kräften im deutschen Volk außer der Familie, des Selbstinteresses aller, sich durch Leistung an den eigenen Haaren aus dem Sumpf herauszuziehen?“ (Georg Schröder) — Aber welche Art Mut gehörte eigentlich dazu, aus solcher Besinnung heraus eine praktische Entscheidung zu fällen, wenn man sich einerseits im Sog der Zeitströmung wußte, andererseits aber vorher nicht wissen konnte, ob zum Zeitpunkt der Währungsreform die gehorteten Güterbestände ausreichen würden, um das Existenzminimum für alle bei freien Preisen sicherzustellen? Es war sicherlich nicht der Mut, der den Politiker und den Staatsmann auszeichnen sollte und der darin besteht, den allzu einseitigen Pendel-

schlag seiner Zeit soweit wie möglich abzufangen. Und wo stand geschrieben, daß aus der Rückkehr zur Marktwirtschaft ein Allheilmittel gemacht werden mußte, das es überflüssig erscheinen ließ, Mängel, von denen auch die Marktwirtschaft nicht frei ist, von vornherein mit einzukalkulieren? Wo stand geschrieben, daß daraus eine neue, nun individualistische Heilslehre entstehen mußte, die nicht gestattete, die Voraussetzungen für ständige, die wirtschaftliche Entwicklung begleitende Analysen und für ein daraus resultierendes politisches Vorherbedenken zu schaffen, die dafür aber erlaubte, politisch „den Holzweg des geringsten Widerstandes“ (Roman Schnur) zu gehen? — Dies stand geschrieben in der Wesensart des Mannes, der von sich selbst behauptet hat: „Ich bin Politiker aus der Überzeugung heraus, daß mir die Gabe verliehen ist, das Schicksal eines Volkes doch gnädig zu gestalten.“ Wenn man in der Hybris lebt, ein Werkzeug der Vorsehung zu sein, verliert man nicht nur sich selbst, sondern auch seine Umwelt aus dem rationalen Blickfeld. Es ist einem dann nicht mehr „anheimgegeben“ zu unterscheiden und zu entscheiden.

Ein ganz anders geartetes Sendungsbewußtsein hat unsere Generation schon einmal betroffen. Auch damals war seine Wirkung fatal, weil seine Hybris von starken einseitigen Zeitströmungen getragen wurde und von Erfolgen bestätigt zu werden schien. Wenn es diesmal von einem Nicht-Täter mit einer individualistischen Ideologie ausging, so lag seine Gefährlichkeit gerade darin, daß Prophet und Lehre auf dem Hintergrund der nazistischen Katastrophe so harmlos und so verführerisch glaubwürdig wirken mußten. In der politischen Praxis wirkten beide aber zersetzend auf ein demokratisches Staatsbewußtsein, noch ehe dieses sich voll entwickeln konnte. Denn Ludwig Erhard hat sich in den ersten Jahren nie gescheut, seine Lehren von der alles regulierenden Marktwirtschaft mit Diffamierungen des Staates zu verbinden, obwohl selbst das Konzept des Neoliberalismus, von dem er auszugehen vorgab, ihn etwas anderes hätte lehren müssen. Er hat dabei den Staat schlechthin verdächtigt und es kaum für nötig gehalten, zwischen einem totalitären und einem demokratischen Gemeinwesen, das von der aktiven Teilnahme seiner Bürger am politischen Leben getragen wird, zu unterscheiden. Dabei hätte damals der werdende Bundesbürger, noch verwirrt durch die Erinnerungen an das „Dritte Reich“, es dringender bedurft, mit den Lebensbedingungen eines gesunden demokratischen Staates als mit den Spielregeln einer Marktwirtschaft (von denen er auch nur Einseitiges erfuhr) vertraut gemacht zu werden. Aber der Prophet befand sich in Übereinstimmung mit seiner Zeit. Er sagte, was die meisten nur zu gerne hören wollten. Und da er den Eigennutz der Menschen rechtfertigte und zugunsten des Wiederaufbaus in produktive Kanäle lenkte, schien der wirtschaftliche Erfolg, dem der politische auf dem Fuße folgte, seine Prophezeiungen zu bestätigen. — Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg! — Warnende Stimmen, die über die Aufbauphase hinaus an die langfristigen Wirkungen jener dem Zeitgeist allzu gefälligen Politik auf unser politisches und wirtschaftliches Leben dachten, hatten keine Chance, gehört zu werden.

„Was wir dem seit der Währungsreform eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs vorwerfen, ist nicht die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, sondern die dogmatische Begründung, unter der sie erfolgte, und das Verharren in einer Laisser-faire-Haltung, die noch über das hinausging, was dem neoliberalen Dogma entsprochen hätte. Auch wenn eine politische Führung sich selbst von der individualistischen Zeitstimmung hätte freihalten können, wäre ihr gar nichts anderes übriggeblieben, als auf diese Rücksicht zu nehmen, zumal auch die übrigen Voraussetzungen einer erfolgreichen staatlichen Wirtschaftslenkung fast völlig fehlten.“ Solche Feststellungen, wie sie von mir im Winter 1950/51 bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert worden sind, machen deutlich, daß die Behauptung, ohne den einsamen Entschluß Erhards hätte es keine Rückkehr zur Marktwirtschaft und deshalb keinen raschen Wiederaufbau gegeben, zur nachträglichen Legendenbildung gehört.

Auch ein weniger marktgläubiger Christ- oder Sozialdemokrat, wenn er damals in die Position des Wirtschaftsministers verschlagen worden wäre, hätte ähnliche Konsequenzen gezogen, ja ziehen müssen, nachdem er sich nach der Währungs-

reform vom neuen Verhältnis zwischen Güterangebot und Geldnachfrage überzeugen konnte. — Bezeichnenderweise scheint aber gerade Erhards „Sprung mit geschlossenen Augen“ das zu sein, weswegen man ihn auch heute noch als Helden unseres Wirtschaftswunders feiert, obwohl gerade dieses Verhalten schon damals die Öffentlichkeit hätte stutzig machen sollen. — Selbst die wirtschaftspolitischen Programme der SPD waren schon vor Godesberg weit weniger orthodox sozialistisch, als die Legende heute wahrhaben will; auf jeden Fall waren sie nicht so stark ideologisch gebunden wie das neoliberalistische Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“, das Glaubensbekenntnis Erhards. (Und selbst antisozialistische Fachleute lassen heute keinen Zweifel darüber, daß sich die Krise des Kohlenbergbaus in unseren Tagen leichter lösen ließe, wenn dieser Wirtschaftszweig damals verstaatlicht worden wäre.) Auf die Dauer machte die individualistische Zeitströmung allerdings auch vor der SPD nicht halt. Das hatte zunächst die positive Wirkung, daß auf dem Parteitag in Bad Godesberg die letzten marxistisch-ideologischen Anklänge aus dem Programm verschwanden. In den folgenden Jahren galt die Hauptsorge der SPD-Führung aber, ihre Regierungsfähigkeit einer möglichst breiten potentiellen Wählerschaft glaubhaft zu machen. Darüber vergaß sie die Aufgabe als Opposition. Sie scheute immer wieder davor zurück, die Regierungspolitik einer radikalen, weil sachlich notwendigen Kritik zu unterziehen.

Einem weniger ideologisch festgelegten Wirtschaftspolitiker als dem damaligen Bundeswirtschaftsminister hätte allerdings auch ohne eine wirkungsvolle Opposition schon Anfang der 50er Jahre klarwerden müssen, daß auch ein marktwirtschaftlich gesteuerter Wiederaufbau der Wirtschaft auf die Dauer nur gutgehen kann, wenn der Staat sich durch eine ständige aufmerksame Beobachtung in die Lage versetzt, rechtzeitig Anpassungsinterventionen (Bergbau, Landwirtschaft) vorzunehmen oder Ergänzungsinvestitionen (Straßenbau, Forschung, Ausbildung) durchzuführen. Aber wie sollte ein solches System einer wirtschaftspolitisch gelenkten Marktwirtschaft rational entwickelt werden, wenn die herrschende Anti-Staatsideologie eine Geistesverfassung förderte, unter deren Einfluß die Ausfüllung eines statistischen Fragebogens bereits als ein Einbruch in die Intimsphäre oder als eine Verletzung des Betriebsgeheimnisses empfunden und der Ausbau einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Richtung auf ein Nationalbudget als ein Sündenfall in östliche Planungsmethoden abgelehnt wurde?

Gemeinsinn stellt sich nicht von allein ein, schon gar nicht in unserer vielschichtigen Wirtschaftsgesellschaft und noch weniger, wenn man die Bürger erst einmal aufgerufen hat, sich mit gutem Gewissen auf ihre privaten Bereiche zu konzentrieren. Dem Gemeinsinn müssen bewußt und gezielt Chancen eröffnet werden, Chancen des anteilnehmenden Erkennens und Chancen des Sicheinfügens. Dazu gehört aber, daß eine Regierung erst einmal für sich selbst die Wirtschaft so transparent wie möglich macht, daß sie die Alternativen des wirtschaftspolitisch Möglichen in aller Öffentlichkeit diskutiert und daß sie den Mut und die Fähigkeit besitzt, sich notfalls auch mit unpopulären Maßnahmen durchzusetzen. Hierzu war Erhard weder fähig noch bereit. Deshalb mußte er sich bis zur völligen Ausweglosigkeit in unausgetragenen Zielkonflikten verfangen. Denn das ist nun einmal die verhängnisvolle Wirkung schwacher Regierungen in unserer pluralistischen Gesellschaft: Zu vielfältige Interessengegensätze bleiben virulent, und es ist dann das Schicksal aller Reformpläne, daß die Widerstände der benachteiligten Gruppen nachhaltiger wirksam sind als die Förderung durch diejenigen Gruppen, die Vorteile daraus ziehen. Liegen diese Vorteile bei der Gesamtheit und treffen sie den einzelnen daher nur mittelbar, so kommen sie bei dem kurzfristigen Denken unserer Staats- und Wirtschaftsbürger überhaupt nicht zur Wirksamkeit. Es ist in einer pluralistischen Gesellschaft immer schwer, bei einer schwachen Regierung gar unmöglich, selbst solche Reformen durchzusetzen, die langfristig allen Beteiligten erhebliche Vorteile verschaffen, wenn diese Reformen auch nur vorübergehend mit spürbaren Einbußen von Einkommen oder Macht verbunden sind oder auch nur verbunden zu sein scheinen (Vgl. WIRTSCHAFTSDIENST, H. 8/1965, S. 428).

Das Erbe, das die Regierung Erhard ihrer Nachfolgerin hinterlassen hat, ist eben deshalb so besonders übel, weil wichtige Voraussetzungen fehlen, die für eine

rationale Politik zur Lösung der hinterlassenen Aufgaben erforderlich sind. Die „Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“ und in den letzten drei Jahren der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ haben zwar bereits ausgezeichnete Arbeit geleistet. Aber gerade ihre umfangreichen Arbeiten haben erkennen lassen, wieviel uns an einfachem Tatsachenwissen fehlt, um der Regierung zugleich genügend umfassende wie detaillierte Entscheidungshilfen zu geben. Unsere Ministerialbürokratie ist überdies an ein Alternativdenken nicht gewöhnt, um solche Entscheidungshilfen ausschöpfen zu können. Sie ist dafür weder ausgewählt noch trainiert worden. Und unsere Öffentlichkeit muß noch erheblich umdenken lernen, um mit einer rationalen sachorientierten Politik etwas anfangen zu können. Wie vieles an Voraussetzungen für rationale Urteilsbildung und Entscheidungen in unserer pluralistischen Gesellschaft noch fehlt, darüber haben wir uns schon bei anderer Gelegenheit in dieser Zeitschrift ausführlich geäußert (WIRTSCHAFTSDIENST, H. 8/1965).

Was in 20 Jahren versäumt worden ist, um alle diese Voraussetzungen zu schaffen, kann nicht in wenigen Jahren nachgeholt werden. So wird es schwer sein, mit einer neuen Ära der Wirtschaftspolitik sofort zu beginnen. Die neue Regierung ist um ihre Aufgaben nicht zu beneiden. Wir wollen nur hoffen, daß sie in ihrer Arbeit nicht durch den kürzlich sogar von Paul Sethe beschworenen Nachruhm Ludwig Erhards behindert wird. Wird tatsächlich dieser Nachruhm unsere Öffentlichkeit wieder erfüllen, so wird die neue Regierung ihre Kräfte darin verschleißen müssen, erst ideologische Hindernisse zu beseitigen und andere Präliminarien jener Aufgaben zu erledigen, die sie lösen soll. Auch hier würde sich dann erweisen, wie schwer es eine Vergangenheit macht, Gegenwart und Zukunft zu bewältigen.

Heinz-Dietrich Ortlieb

Wir werden mit mittelalterlichen Methoden regiert:

„Die Bundesrepublik ist ein schlecht regiertes Land – schlecht im Sinne technischer Effizienz; an gutem Willen fehlt es den Regierenden nicht. Aber in allen Bereichen positiver, planender, entscheidender Tätigkeit wird in Deutschland überall rascher und rationeller gearbeitet als in der Politik. Die Umsetzung von Entscheidungen in Verwaltung, die Voraussicht künftiger Entwicklungen, die Anpassung an erkennbare, die Bereitstellung von Alternativen für unvorhergesehene Fälle, all das funktioniert überall, außer im Schoß der Regierung. Die Modernität Deutschlands, seiner Wirtschaft und Gesellschaft ist vor der inneren Struktur der Regierung und ihrer Apparatur stehengeblieben. Die Bundesrepublik wird technisch regiert mit den Mitteln, die auch schon Bismarck kannte. Doch war dessen handwerkliche Meisterschaft größer.“ ...

„Unter Erhard war das Land eigentlich gar nicht regiert worden (dies entspricht auch seiner politischen Philosophie, die den Staat nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik auf eine bloß regulative Funktion beschränkte, nur marktkonforme Interventionen der Regierung zum Zweck der Gefahrenabwehr erlauben möchte), und es stellt den gesellschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik ein gutes Zeugnis aus, daß das Land auch ohne Regierung unerschüttert fortbestand. Aber lange Zeit geht das nicht.“ ...

„Adenauer regierte nach Kräften, nach dem Maß seiner Möglichkeiten, und keine Zustimmung fiel ihm in den Schoß. Nicht einen Augenblick war die Politik für ihn etwas anderes als das ‚Bohren durch dicke Bretter‘, als das Max Weber sie beschrieben hat. Sein Nachfolger Erhard liebte dieses Bohren nicht, fand es im Grunde überflüssig; die deutsche Gesellschaft vermißte in ihm nicht den Vater, sondern war glücklich mit ihm als ihrem Symbol – bis sich herausstellte, daß der Staat doch regiert werden muß. Dazu schwiegen die politischen Philosophen.“

Aus: Johannes Gross, Die Deutschen, Frankfurt 1967.

Zitiert nach „DIE ZEIT“ vom 2. 12. 1966.